

## In welcher Parallel-Welt leben unsere Kollegen von der SPD und b-now?

In der Presse wird von den eben genannten Kollegen vollmundig behauptet, **Zitat:** „ Wir versprechen, dass der Haushalt ohne weitere Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger verabschiedet wird“ und in der real Welt erhalten die Mitglieder des HFA's eine Vorlage des Bürgermeisters, der die folgenden Konsolidierungsmaßnahmen zur Diskussion stellt, um die Liquiditätskredite abzubauen und den notwendigen Liquiditätspuffer aufzubauen:

1. Anhebung der Friedhofsgebühren (Satzung bereits beschlossen, Konsolidierungseffekt aber noch nicht im Haushaltsplan berücksichtigt) ca. 120.000 €
2. Anhebung auf 1/3 Kostendeckung der Kita-Gebühren Ü3 ca. 101.250 €
3. Anhebung auf 1/3 Kostendeckung der Kita-Gebühren U3 ca. 224.000 €
4. Anhebung auf 1/3 Kostendeckung der Kita-Gebühren Hort ca. 11.000 €
5. Reduzierung des Fachkraftschlüssels auf das gesetzliche Maß ca. 150.000 €  
Stand 03/20 –abhängig vom Kitabedarfsplan 3 Stellen über Soll)(in 2020 50.000 €)
6. Vollzeitbetreuung nur auf nachgewiesenen Bedarf geschätzt ab 2021 ca. 80.000 €
7. Rücknahme der Grundsteuer B Senkung in 2020 **rückwirkend** zum 01.01. ca. 375.000 €
8. Rücknahme der weiteren Grundsteuer B Senkung in 2021 zum 01.01. ca. 200.000 €
9. Erhöhung der Grundsteuer B (Generationenbeitrag) je 10 Punkte ca. 56.000 €
10. Erhöhung der Gewerbesteuer je 10 Punkte (netto) ca. 80.000 €
11. Verlagerung einer Vollzeitstelle im Leistungsbereich Zentrale  
Steuerung in den Gebührenbereich ehemals Stadtwerke ca. 55.000 €
12. Verzicht auf ½ Stelle nach Renteneintritt des Personals ca. 35.000 €

Falls diese Maßnahmen beschlossen werden sollten, ist davon auszugehen, dass die Neu-Anspacher Bürger insgesamt mit ca. € 767.250,- mehr belastet werden.

Der geneigte Leser kann anhand dieser Informationen selber entscheiden, wie die Aussagen der SPD und b-now zu werten sind!

An dieser Stelle sei noch bemerkt, dass diese Zahlen überhaupt nichts mit der Corona Krise zu tun haben. Es geht lediglich darum, die Vorgaben der Aufsichtsbehörde zu erfüllen, um endlich die Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2020 zu erhalten. Wegen der Corona Krise werden kein Doppelhaushalte genehmigt.

Hans-Peter Fleischer  
Fraktionsvorsitzender FWG-UBN